

3° twee vertegenwoordigers van de adviesraad voor de openbare bibliotheken;

4° één vertegenwoordiger van de Afdeling "Culturele Aangelegenheden" van het ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

5° één vertegenwoordiger van de Afdeling "Onderwijs" van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

6° vertegenwoordigers van de gebruikers van het Mediacentrum, één voor de sector Bibliotheken, één voor de sector Mediatheken en één voor de sector Animatie. De Regering wijst deze vertegenwoordigers aan onder de kandidaten die aan de openbare oproep gevolg hebben gegeven.

Duur van het mandaat

Art. 17. De leden van de adviesraad worden voor de duur van de zittingsperiode van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen. Zij blijven hun ambt uitoefenen totdat hun navolgers aangewezen worden.

Werkwijze van de adviesraad

Art. 18. Het voorzitterschap van de adviesraad wordt door de Minister waargenomen. De directeur van de dienst woont de zittingen van de adviesraad bij en stelt de procesverbalen op.

De adviesraad stelt zijn huishoudelijk reglement op dat door de Regering goedgekeurd wordt.

De leden van de adviesraad hebben ten laste van de begroting van de dienst recht op presentiegeld en op reiskostenvergoeding overeenkomstig het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK IV. — *Slotbepalingen*

Opheffingsbepaling

Art. 19. Het besluit van de Regering van 1 maart 2002 betreffende het budgettair, financieel en boekhoudkundig beheer van het mediacentrum, dienst met autonoom beheer, wordt opgeheven.

Inwerkingtreding

Art. 20. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2004.

Uitvoering

Art. 21. De Minister bevoegd inzake Media en de Minister bevoegd inzake Financiën zijn, ieder wat heen betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 november 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2004 — 940

[C — 2004/33009]

20. DEZEMBER 2003 — *Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Organisation der Haushaltskontrolle*

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 60*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990;

Aufgrund des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 über die Finanzierung der Gemeinschaften und der Regionen, insbesondere Artikel 51;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über die Staatsbuchhaltung vom 17. Juli 1991;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 28. April 1998 zur Organisation des Interföderalen Korps der Finanzinspektion;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 23. April 2003;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 22. April 2003;

Aufgrund der Beratung der Regierung vom 24. April 2003 über die Anfrage eines Gutachtens des Staatsrates innerhalb einer Frist von einem Monat;

Aufgrund des Gutachtens 35.691/1/V des Staatsrates, das am 7. August 2003 in Anwendung von Artikel 84 Abs. 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*

Grundsatz

Artikel 1 - Die Haushaltskontrolle obliegt der Regierung und dem für den Haushalt zuständigen Minister, nachfolgend "Haushaltsminister" genannt. Sie werden von der Finanzinspektion unterstützt.

Die Haushaltskontrolle bezieht sich auf die Entscheidungsvorlagen der Regierung und ihrer Minister sowie auf die Dienste der allgemeinen Verwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die allgemeine Haushaltspolitik

Art. 2 - Die Regierung trifft die notwendigen Maßnahmen in Bezug auf die Vorbereitung und Ausführung des Haushalts im Rahmen der von ihr festgelegten Haushaltspolitik.

Der Haushaltsminister informiert die Regierung regelmäßig über die Finanz- und Haushaltssituation sowie über die Perspektiven der Haushaltsausführung.

Die Regierung beschließt über ihre Haltung zu Dekretvorschlägen und deren Abänderungen, deren Verabschiedung einen Einfluss auf die Einnahmen oder Ausgaben haben kann.

Bereichszuteilung für die Finanzinspektoren

Art. 3 - Wenn mehrere Finanzinspektoren bei der Regierung akkreditiert sind, kann die Regierung nach Rücksprache mit dem Korpschef der Finanzinspektion den einzelnen Finanzinspektoren bestimmte Sachbereiche zuweisen.

KAPITEL II — *Der Haushaltsminister*

Haushaltsvorbereitung

Art. 4 - Der Haushaltsminister erarbeitet in Zusammenarbeit mit den fachlich zuständigen Ministern die Vorentwürfe der Dekrete zur Festlegung des Haushalts und zu seiner Anpassung, die Abänderungsvorschläge zu diesen Dekretentwürfen und die Entwürfe der Erlasse zur Neuverteilung von Zuweisungen.

Überwachung der Haushaltsausführung

Art. 5 - Für jeden Entwurf eines Dekretes oder eines Erlasses mit Verordnungscharakter, welcher der Regierung zum Beschluss vorgelegt werden soll und einen Einfluss auf die Einnahmen oder Ausgaben haben kann, holt der fachlich zuständige Minister das Einverständnis des Haushaltsministers ein. Zu diesem Zweck legt er dem Haushaltsminister das Gutachten des Finanzinspektors vor. Das Einverständnis des Haushaltsministers ist ebenfalls erforderlich für jeden Erwerb oder Veräußerung einer Immobilie sowie für die Vergabe von Bürgschaften.

Wenn der Haushaltsminister als zuständiger Fachminister die Vorlage selbst in die Regierung einbringt, gilt sein Einverständnis von Rechts wegen als erteilt.

Wenn der Finanzinspektor in seinem Gutachten feststellt, dass es keinen Einfluss auf Einnahmen oder Ausgaben gibt, ist das Einverständnis des Haushaltsministers nicht erforderlich.

KAPITEL III — *Der Finanzinspektor*

Allgemeine Bestimmungen

Art. 6 - § 1. Der Finanzinspektor ist für die Regierung und die Minister ein Berater in Sachen Haushalt und Finanzen. In dieser Eigenschaft kann er der Regierung und den Ministern aus eigener Initiative und auf Anfrage Vorschläge unterbreiten.

Er kann von der Regierung und den Ministern mit der Erstellung von Gutachten über Haushalts- und Finanzfragen beauftragt werden. Dabei können sich auch Informationsaufträge auf Vorgänge in von der Deutschsprachigen Gemeinschaft abhängenden Rechtspersonen oder auf Zuschussempfänger beziehen.

§ 2. Der Finanzinspektor kontrolliert im Namen des Haushaltsministers die Ausführung des Haushaltes. Diese Kontrolle erfolgt a priori in den in Artikel 8 und Artikel 9 festgelegten Fällen. Sie erfolgt a posteriori in den Bereichen, die jährlich vom Haushaltsminister festgelegt werden.

§ 3. Die Gutachten des Finanzinspektors richten sich ausschließlich nach folgenden Kriterien: Gesetzmäßigkeit, Zweckdienlichkeit, Wirksamkeit, Kosteneffizienz, Haushaltskompatibilität. Er prüft außerdem die Übereinstimmung mit Entscheidungen, Richtlinien und Programmen der Regierung.

Der Finanzinspektor hat uneingeschränkte Akteneinsicht im Rahmen seiner Aufgaben. Alle Betroffenen sind ihm gegenüber auskunftspflichtig.

Der Finanzinspektor erfüllt seinen Auftrag in voller Unabhängigkeit und ist an der Regierungspolitik und an der Verwaltungsführung nicht beteiligt.

Haushaltsvorbereitung

Art. 7 - Der Finanzinspektor wird in die Vorbereitung des Haushalts und der Haushaltsanpassungen einbezogen. Auf Anfrage des Haushaltsministers gibt er Gutachten ab zu den Vorentwürfen der Dekrete zur Festlegung des Haushalts und zu seiner Anpassung, zu den Abänderungsvorschlägen zu diesen Dekretentwürfen und zu den Entwürfen der Erlasse zur Neuverteilung von Zuweisungen.

Überwachung der Haushaltsausführung

Art. 8 - Das vorherige Gutachten des Finanzinspektors, das mit einem günstigen oder ungünstigen Vermerk abschließt, ist erforderlich:

1. wenn gemäß Art. 5 das Einverständnis des Haushaltsministers erforderlich ist;
2. für alle anderen Entwürfe von Erlassen, Rundschreiben und Entscheidungen, die einen Einfluss auf die Einnahmen oder Ausgaben haben können.

Auf Anfrage des betroffenen Ministers kann im Falle der Dringlichkeit der Haushaltsminister die Abgabe des Gutachtens innerhalb einer von ihm festgesetzten Frist fordern.

Ausnahmen

Art. 9 - § 1. In Abweichung von Artikel 8 Punkt 2 ist das Gutachten des Finanzinspektors nicht erforderlich für:

1. alle Personalentscheidungen in Anwendung des statutarischen und finanziellen Personalstatuts mit Ausnahme der Neueinstellungen und Neuernennungen insofern es sich nicht um Ersatzverträge mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr handelt;
2. Dienstaufträge in Belgien und im Ausland;
3. öffentliche Aufträge für Arbeiten, deren Betrag ohne Mehrwertsteuer die Summe von 75.000 Euro erreicht oder unterschreitet;
4. öffentliche Aufträge für Lieferungen und Dienstleistungen, deren Betrag ohne Mehrwertsteuer die Summe von 25.000 Euro erreicht oder unterschreitet;
5. Zuschüsse oder Dotationen
 - a. deren Betrag und Begünstigter namentlich im Haushalt aufgeführt sind;
 - b. oder die durch gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum aufgrund eines Regelwerks vergeben werden;

6. andere Zuschüsse und Ausgaben, die den Betrag von 5.000 Euro, gegebenenfalls ohne Mehrwertsteuer, nicht überschreiten.

§ 2. Der Haushaltsminister kann die Modalitäten zur Anwendung der Vorschriften des § 1 festlegen und die dort aufgeführten Grenzbeträge abändern.

§ 3. In Abweichung von § 1 Punkt 3 und 4 ist das Gutachten jedenfalls erforderlich, wenn für einen öffentlichen Auftrag der Schätzbetrag ohne Mehrwertsteuer um mehr als 20% überschritten wird.

Mitteilungspflichten

Art. 10 - Die buchhalterischen Festlegungen werden dem Finanzinspektor monatlich übermittelt. Die Anmerkungen des Rechnungshofes werden dem Finanzinspektor zur Information zugestellt.

Die Liste der öffentlichen Aufträge, für die in Anwendung von Artikel 9 §1 Punkt 3 und 4 das Gutachten des Finanzinspektors nicht erforderlich ist, wird dem Finanzinspektor alle drei Monate übermittelt.

Ungünstiger Vermerk

Art. 11 - Erteilt der Finanzinspektor einen ungünstigen Vermerk zu einer in Artikel 8 Punkt 2 erwähnten Angelegenheit, darf die Ausgabe nicht getätigt werden, es sei denn die Regierung beschließt auf Antrag des betroffenen Ministers, trotzdem ihr Einverständnis zu erteilen

KAPITEL IV — *Formalitätsvorschriften und Schlussbestimmungen*

Formalität

Art. 12 - Die Präambel eines Erlasses erwähnt mit seinem Datum das Gutachten des Finanzinspektors, das Einverständnis des Haushaltsministers und das Einverständnis der Regierung je nach Notwendigkeit.

Im Falle der Anwendung von Artikel 5 Absatz 2 braucht das Einverständnis des Haushaltsministers in der Präambel nicht erwähnt zu werden.

Aufhebung

Art. 13 - Der Königliche Erlass vom 16. November 1994 über die administrative Kontrolle und die Haushaltskontrolle ist, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

Inkrafttreten

Art. 14 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2004 in Kraft.

Ausführung

Art. 15 - Der Minister-Präsident, zuständig für den Haushalt, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 20. November 2003

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Minister-Präsident,
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2004 — 940

[C - 2004/33009]

20 NOVEMBRE 2003. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone portant organisation du contrôle budgétaire

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 60bis, inséré par la loi du 18 juillet 1990;

Vu la loi spéciale du 16 janvier 1989 relative au financement des Communautés et des Régions, notamment l'article 51;

Vu les lois sur la comptabilité de l'Etat, coordonnées le 17 juillet 1991;

Vu l'arrêté royal du 28 avril 1998 portant organisation du Corps interfédéral de l'Inspection des Finances;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 23 avril 2003;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 22 avril 2003;

Vu la délibération du Gouvernement du 24 avril 2003 concernant la demande adressée au Conseil d'Etat pour qu'il rende un avis dans un délai d'un mois;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 35.691/1/V émis le 7 août 2003 en application de l'article 84, alinéa 1, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Principe

Article 1^{er}. Le contrôle budgétaire est exercé par le Gouvernement et par le Ministre compétent en matière de budget, ci-après dénommé « Ministre du Budget ». Ils sont assistés par l'Inspection des Finances.

Le contrôle budgétaire porte sur les projets de décision du Gouvernement et de ses ministres ainsi que sur les services d'administration générale de la Communauté germanophone.

La politique budgétaire générale

Art. 2. Le Gouvernement décide les mesures indispensables à la confection et à l'exécution du budget dans le cadre de la politique budgétaire qu'il a déterminée.

Le Ministre du Budget informe régulièrement le Gouvernement sur la situation financière et budgétaire ainsi que sur les perspectives concernant l'exécution du budget.

Le Gouvernement détermine son attitude à l'égard des propositions de décret et de leurs amendements dont l'adoption serait de nature à avoir une incidence, soit sur les recettes, soit sur les dépenses.

Répartition des compétences entre les Inspecteurs des finances

Art. 3. Lorsque plusieurs Inspecteurs des finances sont accrédités auprès du Gouvernement, celui-ci peut, après concertation avec le chef de corps de l'Inspection des finances, attribuer certains domaines aux différents inspecteurs.

CHAPITRE II. — *Le Ministre du budget*

Confection du budget

Art. 4. En collaboration avec les ministres fonctionnellement compétents, le Ministre du Budget élabore les avant-projets des décrets contenant le budget et ses ajustements, les propositions d'amendements à ces projets de décret et les projets d'arrêté portant nouvelle répartition des allocations de base.

Surveillance de l'exécution du budget

Art. 5. Pour chaque projet de décret ou d'arrêté réglementaire devant être proposé au Gouvernement pour décision et de nature à avoir une incidence, soit sur les recettes, soit sur les dépenses, le ministre fonctionnellement compétent demande l'accord du Ministre du Budget. A cette fin, il soumet l'avis de l'Inspecteur des finances au Ministre du Budget. L'accord du Ministre du Budget est également requis pour toute acquisition ou cession d'un bien immobilier ou pour l'octroi de cautions.

Lorsque le Ministre du Budget soumet lui-même un texte au Gouvernement en tant que ministre fonctionnellement compétent, son accord est de droit censé être donné.

Lorsque l'Inspecteur des finances constate dans son avis qu'il n'y a aucune influence sur les recettes ou les dépenses, l'accord du Ministre du Budget n'est pas requis.

CHAPITRE III. — *L'Inspecteur des Finances*

Dispositions générales

Art. 6. § 1^{er}. L'Inspecteur des Finances assume la fonction de conseiller budgétaire et financier du Gouvernement et des ministres. En cette qualité, il peut adresser toute suggestion au Gouvernement et aux ministres, d'initiative ou sur demande.

Il peut être chargé par le Gouvernement et les ministres d'accomplir des investigations et d'émettre des avis sur des questions budgétaires et financières. Ces missions peuvent également porter sur des agissements de personnes juridiques dépendant de la Communauté germanophone ou sur des bénéficiaires de subsides.

§ 2. L'Inspecteur des finances contrôle l'exécution du budget au nom du Ministre du Budget. Ce contrôle se déroule a priori dans les cas déterminés aux articles 8 et 9 et a posteriori dans les domaines déterminés annuellement par le Ministre du Budget.

§ 3. Les avis de l'Inspecteur des Finances se basent exclusivement sur les critères suivants : légalité, utilité, efficacité, efficacité, compatibilité budgétaire. Il examine en outre la conformité aux décisions, directives et programmes du Gouvernement.

L'Inspecteur des Finances a un droit de regard illimité dans le cadre de ses missions. Tous les intéressés sont tenus de le renseigner.

L'Inspecteur des Finances remplit ses missions en toute indépendance et ne prend pas part à la politique gouvernementale ni à la conduite de l'administration.

Confection du budget

Art. 7. L'Inspecteur des Finances est impliqué dans la confection du budget et des ajustements. A la demande du Ministre du Budget, il rend des avis sur les avant-projets des décrets contenant le budget et ses ajustements, les propositions d'amendements à ces projets de décret et les projets d'arrêtés portant nouvelle répartition des allocations de base.

Surveillance de l'exécution du budget

Art. 8. L'avis préalable de l'Inspecteur des Finances, se concluant par une mention favorable ou défavorable, est requis dans les cas suivants :

- 1° lorsque l'accord du Ministre du Budget est requis conformément à l'article 5;
- 2° pour tout autre projet d'arrêté, de circulaire ou de décision de nature à avoir une incidence, soit sur les recettes, soit sur les dépenses.

A la demande du ministre concerné, le Ministre du Budget peut, dans des cas urgents, exiger que l'avis soit donné dans le délai qu'il détermine.

Exceptions

Art. 9. § 1^{er}. Par dérogation à l'article 8, 2°, l'avis de l'Inspecteur des Finances n'est pas requis pour :

1° toute décision en matière de personnel prise en application du statut pécuniaire et administratif, exception faite des nouveaux engagements et nouvelles nominations lorsqu'il ne s'agit pas de contrats de remplacement d'une durée inférieure à un an;

2° des octroyées en vertu d'un règlement par des décisions conditionnelles sans marge de manœuvre missions en Belgique et à l'étranger;

3° des marchés publics pour entreprises de travaux, pour autant que la dépense n'excède pas € 75.000 hors T.V.A.;

4° des marchés publics pour entreprises de fournitures et de services, pour autant que la dépense n'excède pas € 25.000 hors T.V.A.;

5° des subventions ou dotations :

a) dont le montant et le bénéficiaire font l'objet d'une inscription nominative au budget;

b) ou qui sont;

6° d'autres subventions ou dépenses n'excédant pas € 5.000, le cas échéant hors T.V.A.

§ 2. Le Ministre du Budget peut fixer les modalités d'application du prescrit du § 1^{er} et modifier les plafonds qui y sont mentionnés.

§ 3. Par dérogation au § 1^{er}, 3° et 4°, l'avis est en tout cas requis lorsque, pour un marché public, le montant estimé hors T.V.A est dépassé de plus de 20 %.

Obligation d'information

Art. 10. Les engagements comptables sont transmis mensuellement à l'Inspecteur des finances. Les remarques de la Cour des comptes sont notifiées à l'Inspecteur des Finances pour information.

La liste des marchés publics pour lesquels, en application de l'article 9, § 1^{er}, 3° et 4°, l'avis de l'Inspecteur des Finances n'est pas requis, est communiquée tous les trois mois à l'Inspecteur des finances.

Avis défavorable

Art. 11. Si l'Inspecteur des Finances rend un avis défavorable quant à une matière mentionnée à l'article 8, 2°, la dépense ne peut être effectuée, à moins que le Gouvernement ne décide, à la demande du ministre concerné, de marquer son accord.

CHAPITRE IV. — Prescrit quant à la forme et dispositions finales

Forme

Art. 12. Le préambule d'un arrêté mentionne, avec l'indication de la date, l'avis de l'Inspecteur des Finances, l'accord du Ministre du Budget et l'accord du Gouvernement s'il échet.

En cas d'application de l'article 5, alinéa 2, l'accord du Ministre du Budget ne doit pas être mentionné dans le préambule.

Abrogation

Art. 13. L'arrêté royal du 16 novembre 1994 relatif au contrôle administratif et budgétaire est abrogé en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Entrée en vigueur

Art. 14. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2004.

Exécution

Art. 15. Le Ministre-Président, compétent en matière de Budget, est chargé de l'exécution du présent arrêté. Eupen, le 20 novembre 2003.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports

K.-H. LAMBERTZ

—
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2004 — 940

[C - 2004/33009]

20 NOVEMBER 2003. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot regeling van de begrotingscontrole

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 60*bis*, ingevoegd bij de wet van 18 juli 1990;

Gelet op de bijzondere wet van 16 januari 1989 betreffende de financiering van de Gemeenschappen en de Gewesten, inzonderheid op artikel 51;

Gelet op de wetten op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd op 17 juli 1991;

Gelet op het koninklijk besluit van 28 april 1998 tot organisatie van het interfederaal Korps van de Inspectie van financiën;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 23 april 2003;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 22 april 2003;

Gelet op de beraadslaging van de Regering van 24 april 2003 betreffende de aanvraag aan de Raad van State om binnen een termijn van één maand een advies uit te brengen;

Gelet op het advies nr. 35.691/1/V van de Raad van State, gegeven op 7 augustus 2003 met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting;

Na beraadslaging,

Besluit :

HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen

Principe

Artikel 1. De begrotingscontrole wordt uitgeoefend door de Regering en de Minister bevoegd inzake Begroting, hierna « Minister van Begroting » genoemd. Zij worden bijgestaan door de Inspectie van Financiën.

De begrotingscontrole heeft betrekking op de ontwerpen van beslissing van de Regering en haar ministers en op de diensten van het algemeen bestuur van de Duitstalige Gemeenschap.

Het algemeen begrotingsbeleid

Art. 2. De Regering beslist over de maatregelen die noodzakelijk zijn voor het opmaken en de uitvoering van de begroting in het kader van het begrotingsbeleid dat zij bepaalde.

De Minister van Begroting licht de Regering geregeld in over de geldelijke en budgettaire toestand en over de vooruitzichten inzake de uitvoering van de begroting.

De Regering bepaalt haar houding ten opzichte van de decreetsvoorstellen en amendementen waarvan de aanneming een weerslag zou kunnen hebben, hetzij op de ontvangsten, hetzij op de uitgaven.

Verdeling van de bevoegdheden tussen de Inspecteurs van financiën

Art. 3. Zijn meerdere Inspecteurs van financiën bij de Regering geaccrediteerd, kan deze na overleg met de Korpschef van de Inspectie van Financiën bepaalde sectoren aan de verschillende inspecteurs toevertrouwen.

HOOFSTUK II. — *De Minister van Begroting*

Opmaken van de begroting

Art. 4. In samenwerking met de functioneel bevoegde ministers maakt de Minister van Begroting de voorontwerpen van de decreten houdende de begroting en de aanpassingen ervan, de amendementsvoorstellen m.b.t. deze ontwerpen van decreet en de ontwerpen van besluiten houdende de nieuwe verdeling van de basisallocaties op.

Toezicht op de uitvoering van de begroting

Art. 5. Voor elk ontwerp van decreet of reglementair besluit dat de Regering ter beslissing moet worden voorgelegd en waarvan de aanneming een weerslag zou kunnen hebben, hetzij op de ontvangsten, hetzij op de uitgaven, wint de functioneel bevoegde Minister het akkoord van de Minister van Begroting in. Te dien einde legt hij het advies van de Inspecteur van Financiën over aan de Minister van Begroting. Het akkoord van de Minister van Begroting is eveneens vereist voor elke aanschaffing of cessie van een onroerend goed of voor de toekenning van een borg.

Legt de Minister van Begroting zelf een tekst aan de Regering voor als functioneel bevoegde minister, geldt zijn akkoord van rechtswege als gegeven.

Stelt de Inspecteur van Financiën in zijn advies vast dat er geen weerslag is op de ontvangsten of op de uitgaven, dan is het akkoord van de Minister van Begroting niet vereist.

HOOFSTUK III. — *De Inspecteur van financiën*

Algemene bepalingen

Art. 6. § 1. De Inspecteur van Financiën vervult de functie van budgettaire en financiële raadgever van de Regering en van de ministers. In deze hoedanigheid kan hij, op eigen initiatief of op verzoek, de Regering en de ministers elke suggestie toezenden.

Hij kan door de Regering en de ministers ermee belast worden, onderzoeken uit te voeren en adviezen uit te brengen m.b.t. budgettaire en financiële vraagstukken. Deze opdrachten kunnen eveneens de handelingen van rechtspersonen die onder de Duitstalige Gemeenschap ressorteren of de ontvangers van subsidies betreffen.

§ 2. De Inspecteur van Financiën controleert de uitvoering van de begroting namens de Minister van Begroting. Die controle vindt a priori in de bij de artikelen 8 en 9 bepaalde gevallen en a posteriori in de jaarlijks door de Minister van Begroting bepaalde sectoren plaats.

§ 3. De adviezen van de Inspecteur van Financiën hebben volgende criteria als uitsluitende basis : wettelijkheid, nuttigheid, werkzaamheid, efficiëntie, budgettaire compatibiliteit. Hij onderzoekt bovendien de overeenstemming met de beslissingen, richtlijnen en programma's van de Regering.

In het kader van zijn opdrachten heeft de Inspecteur van Financiën een onbeperkt inzagerecht. Alle betrokkenen zijn ertoe verplicht, hem inlichtingen te geven.

De Inspecteur van Financiën voert zijn opdrachten in alle onafhankelijkheid uit en neemt geen deel aan het regeringsbeleid noch aan de leiding van het bestuur.

Opmaken van de begroting

Art. 7. De Inspecteur van Financiën wordt betrokken bij het opmaken van de begroting en de aanpassingen ervan. Op verzoek van de Minister van Begroting brengt hij adviezen uit over de voorontwerpen van de decreten houdende de begroting en de aanpassingen ervan, de amendementsvoorstellen en m.b.t. deze ontwerpen van decreet en de ontwerpen van besluit houdende de nieuwe verdeling van de basisallocaties.

Toezicht op de uitvoering van de begroting

Art. 8. Het voorafgaande advies van de Inspecteur van Financiën, met een gunstige of ongunstige vermelding, is vereist in volgende gevallen :

1° als het akkoord van de Minister van Begroting vereist is overeenkomstig artikel 5;

2° voor elk ander ontwerp van besluit, omzendbrief of beslissing dat/die een weerslag zou kunnen hebben, hetzij op de ontvangsten, hetzij op de uitgaven.

Op verzoek van de betrokken minister kan de Minister van Begroting in dringende gevallen eisen dat het advies binnen de door hem bepaalde termijn uitgebracht wordt.

Uitzonderingen

Art. 9. § 1. In afwijking van artikel 8, 2°, is het advies van de Inspecteur van Financiën niet vereist voor :

1° elke beslissing m.b.t. het personeel, genomen met toepassing van het geldelijk en administratief statuut, met uitzondering van de nieuwe aanwervingen en nieuwe benoemingen als het niet om vervangingsovereenkomsten met een duur lager dan één jaar gaat;

2° de opdrachten in België en in het buitenland;

3° de overheidsopdrachten voor aanneming van werken, voor zover de uitgave niet hoger ligt dan € 75.000, BTW niet inbegrepen;

4° de overheidsopdrachten voor aanneming van leveringen en diensten, voor zover de uitgave niet hoger ligt dan € 25.000, BTW niet inbegrepen;

5° toelagen of dotaties :

a) waarvan het bedrag en de ontvanger nominatief in de begroting worden geboekt;

b) of die krachtens een reglement door voorwaardelijke beslissingen zonder handelingsvrijheid worden toegekend;

6° andere toelagen of uitgaven die € 5.000 niet overschrijden, BTW niet inbegrepen, indien daartoe redenen zijn.

§ 2. De Minister van Begroting kan de modaliteiten vastleggen voor de toepassing van de voorschriften van § 1 en de erin vermelde maximale bedragen wijzigen.

§ 3. In afwijking van § 1, 3° en 4°, is het advies in elk geval vereist, als bij een overheidsopdracht het zonder BTW geschatte bedrag met meer dan 20 % overschreden wordt.

Informatieplicht

Art. 10. De boekhoudkundige vastleggingen worden de Inspecteur van Financiën maandelijks toegezonden. De bemerkingen van het Rekenhof worden de Inspecteur van Financiën ter informatie betekend.

De lijst met de overheidsopdrachten waarvoor, met toepassing van artikel 9, § 1, 3° en 4°, het advies van de Inspecteur van Financiën niet vereist is, wordt de Inspecteur van financiën om de drie maanden medegedeeld.

Ongunstig advies

Art. 11. Brengt de Inspecteur van financiën een ongunstig advies uit over een in artikel 8, 2°, vermelde aangelegenheid, dan kan de uitgave niet uitgevoerd worden, behoudens de Regering op verzoek van de betrokken minister beslist haar toestemming ervoor te geven.

HOOFDSTUK IV. — Voorschriften qua vorm en slotbepalingen

Vorm

Art. 12. Elk besluit vermeldt in de aanhef, met opgave van de datum, het advies van de Inspecteur van Financiën, het akkoord van de Minister van Begroting en, zo nodig, de toestemming van de Regering.

Bij toepassing van artikel 5, lid 2, hoeft het akkoord van de Minister van Begroting niet in de aanhef te worden vermeld.

Opheffing

Art. 13. Het koninklijk besluit van 16 november 1994 betreffende de administratieve en begrotingscontrole wordt opgeheven, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Inwerkingtreding

Art. 14. Voorliggend besluit treedt in werking op 1 januari 2004.

Uitvoering

Art. 15. De Minister-President, bevoegd inzake Begroting, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 november 2003.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 2004 — 941

[2004/200685]

8 JANVIER 2004. — Arrêté du Gouvernement wallon modifiant l'arrêté du Gouvernement wallon du 27 mars 2003 modifiant et fixant la composition du Conseil d'Orientation de l'Observatoire de la Mobilité

Le Gouvernement wallon,

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 6 décembre 2001 portant création d'un Observatoire de la Mobilité, notamment l'article 7;

Sur la proposition du Ministre des Transports, de la Mobilité et de l'Energie,

Arrête :

Article 1^{er}. A l'article 2, 8°, de l'arrêté du Gouvernement wallon du 27 mars 2003 modifiant et fixant la composition du Conseil d'Orientation de l'Observatoire de la Mobilité, le nom du représentant du Service public fédéral Mobilité et Transports est remplacé par celui de Mme Jeanine Lees.

Art. 2. Le Ministre de la Mobilité est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Namur, le 8 janvier 2004.

Le Ministre-Président
J.-Cl. VAN CAUWENBERGHE

Le Ministre des Transports, de la Mobilité et de l'Energie,
J. DARAS